

# Die Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksbäckerei

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erst erscheint jeden Donnerstag. 1916  
Redaktionsbüro Montag morgen 10 Uhr.

Abonnementspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

## Hauptversammlung des Verbandes deutscher Großfabrikanten

Am 20. Juni hat der Verband deutscher Großfabrikanten seine fünfzigste Hauptversammlung in Wiesbaden abgehalten. Die Erledigung der Tagesordnung verläuft nach der Aufmerksamkeit unserer Kollegenschaft, wenigstens in einigen Punkten.

Von den vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen besprochenen Vorschlägen interessiert uns einer, der bezüglich Konsumsteuer und Verbrauchssteuer, bezugsweise die beiden angelegerten Verbrauchssteuern, nicht als verbandsmäßig anzunehmen. In der bisherigen Praxis — vor dem Kriege — haben ja die Gewerkschaften, die sich mit der Erhebung von Abgaben befassen, auch nicht allseitig den Wunsch geäußert, sich der Organisation der Großfabrikanten zur Förderung ihrer Interessen zu bedienen und haben ohne diese ihren Weg und ihre Entwicklung gefunden. Man hat sie auf der einen Seite durchaus nicht herbeigewünscht. Während des Krieges hat sich aber eine Gelegenheit ergeben, die beide Teile eines näher zusammenzuführen. Es war neben anderen eingetragenen Gegenständen die gemeinsame Verzehrung mit Arbeitslosen auch die öffentlichen Verordnungen mit allen ihren Abhängigkeiten, die die Fabrik wiederum recht starke Gegenstände in den Hintergrund drängte, und schließlich sind die gemeinsamen Interessen der Industrie, im Bezug auf die Lösung der Verbrauchssteuern nach dem Kriege, die wohl in manchen vorliegenden Punkte den Gedanken haben lassen, daß eine gezielte Verzehrung dieser Interessen durch einen gezielten Verzehr dieser Interessen durch den Verband der Großfabrikanten jetzt vorliegende formale Lösung, Konsumsteuer nicht aufzuheben, nicht anzunehmen, sondern unter Würdigung aller Umstände beschließen, bei Ausnahmefällen von Fall zu Fall zu entscheiden. Die hier ist also bedingungsweise geäußert worden. Hier die Gewerkschaften werden wohl auch im Hinblick auf den Gebrauch der Fabrikanten, die die Lösung der Konsumsteuer durch den Verband der Großfabrikanten im Vordergrund der Verhandlungen für ausreichende Interessensvertretung gehalten, so müssen wir nicht nur die Verhandlungen danach liegen können, Mitglieder des Großfabrikantenverbandes zu werden.

Die ersten Punkte der Tagesordnung befaßten sich mit dem schließlich vorgelegten Geschäfts- und Rechenschaftsbericht, der mit der Genehmigung der Rechnungen verbunden wurde, wobei, wie es angeht, die an die Regierung in der Frage der Gewerbesteuer aller Gewerbesteuer durch die Reichsgewerbesteuer mit einer Eingabe beantragten. Man kam aber zu dem Schluß, daß ein solcher Schritt unter den vorliegenden Umständen jedenfalls zweifelhaft wäre und nicht davon abzurufen. Von den Konsumsteuerangelegenheiten sprachen die ersten Redatoren, Herr Joachim-Schäppa, und Herr Kump-Kittel. Beide wurden einstimmig wiedergewählt. Dann kam man aber auf die Lage des Bäckergewerbes in der Friedenszeit zu sprechen und hierbei hatte Herr Joachim die Möglichkeit, wieder einmal gründlich sich für die Wünsche der Großfabrikanten ins Zeug zu legen. Wir haben ja seine Ansichten schon verschiedentlich kennen gelernt, müssen sie aber in der kurzen Zusammenfassung noch einmal aufzählen, die der offizielle Tagesbericht darüber gemacht hat. Herr Joachim sagte: „Es ist notwendig einer gerechten Steuerführung und der Erhebung eines guten Steuerbeitrages auf das Schicksal eines wirklich guten Brotes können nur von beiden befreit werden, die keine Kenntnis von solchen Dingen haben. Wollte man ein wirklich gutes Brot backen,

dann dürfte der dazu erforderliche Steuerbeitrag keine zwölf Stunden gehen. Er verliert durch dieses lange Stehen seine ursprünglichen Eigenschaften. Eigentlich ist es, daß die Regierung bei Besprechung dieser Frage mit Sachverständigen aufhöre, die sich auf den Standpunkt der Regierung stellen, mit Sachverständigen, denen man doch nicht widersprechen konnte, daß sich wirklich hervorragende Sachverständige unter ihnen befinden, seien bisher keine zu diesen Besprechungen herangezogen worden.“

Dann äußerte sich Herr Joachim seines Erfolges als Sachverständiger bei seiner Gerichtsverhandlung in Genoa, wo, wie unsere Leser aus früheren Berichten bereits wissen, es ihm mit seinen einseitigen Ausführungen gelungen ist, dem Gerichtshof die Notwendigkeit von Verbrauchssteuern zu beweisen. Weiter machte er die Einbeziehung des Steuerbeitrages unter den Begriff „Arbeiter“ dafür verantwortlich, daß unser Allgemeinwohl jetzt nicht das beste ist, indem er sagte: „Die Einbeziehung der Zahlung des Steuerbeitrages unter den Begriff „Arbeiter“ würde das Allgemeinwohl ruinieren. Nicht Arbeiter sind heute schon dazu übergegangen, an Stelle der Steuerführung jetzt zum Verbrauch zu kommen. Resultat: Mangel an Brot oder Verbrauch von hunderten Tausenden von Getreide zur Herstellung. In einer Zeit, wo die allgrößte Sparlichkeit im Verbrauch von Verbrauchsmitteln jedem Staatsbürger zur Pflicht gemacht wurde, sei es auch Pflicht der Regierung, solche, die Volksernährung auf das höchste schädigende Verbot zu verhindern bezugsweise sie ganz zu vermeiden. Vermeiden würden diese Verbot bestimmt, wenn den Bäckern gestattet würde, eine regelrechte Steuerführung vorzunehmen zu können, die ungehindert von gesetzlichen Einschränkungen vorgenommen werden dürfte. Steuerführung ist dem Grunde nach dasselbe, wie die Steuerführung im Bau- und Bergbauergewerbe und müsse auch vom gleichen Gesichtspunkt aus behandelt werden. Die Forderung von Bagellen, Rebellen, habe eigene Güter und lasse sich nicht durch Regierungsbestimmungen durchzusetzen, die den Kern der Sache nicht zupacken, regeln. Zur endgültigen Regelung der Frage müssen unbedingt auch Sachverständige aus Großfabrikantenkreisen gehört werden.“

Erfolgreich beantragte der Redner die Angelegenheit nochmals der Regierung zur Prüfung zu unterbreiten und zu diesem Zweck eine Eingabe an den Reichsfinanzminister zu richten. Der Antrag fand nachdrücklich einstimmige Annahme, und in der nächsten Besprechung wurde angeführt, daß Herr Dr. Baumgarten-Berlin (wissenschaftlicher Direktor an der staatlichen Versuchsanstalt für Getreideverwertung in Berlin) bereits zur Erhaltung eines Gutachten in dieser Angelegenheit abgegeben worden sei, wozu eine Antwort noch anstehe.

Es handelt sich also bei diesem Punkte um einen erneuten und maßgebenden Vorstoß gegen das verhängnisvolle Verbot aller Verbrauchssteuern und des Verbrauchssteuern überhaupt. Den Ausführungen des Herrn Joachim gegenüber kommt bloß immer wieder darauf hingewiesen zu werden, daß ganz einwandfreie Sachverständige — das sind doch jedenfalls die Sachverständigen als politische Leiter der Gewerkschaften — in großer Zahl schon längst erklärt haben, ohne Inanspruchnahme der jetzt festgestellten Rubrik einen guten Brot herstellen zu können. Oder gehörten die Bedenken zu den „Kleinigkeiten, die keine Kenntnis von solchen Dingen haben“? Natürlich kommt es immer darauf an, daß die Sache sachverständig richtig angefaßt wird und daß die entsprechenden Einrichtungen getroffen werden! Der heute insinuiert noch große Verantwortlichkeit in einer Reihe von Berichten, beruht mehr darauf, daß der Antrag dieser Punkte höher geschätzt werden soll, als es bei ihrer ganzen Entwertung von ihnen normalerweise verlangt

werden kann. Wo aber ein Verbot von vornherein allen gezielten Anforderungen genügt, kommt ein tüchtiger Fachmann auch heute nicht nur ohne Verbrauchssteuern aus, sondern die Verwendung von Getreide zum Großbrot findet dort (wenn sie nicht schon in Friedenszeiten üblich war) in der Regel nur in so weit statt, als sie durch die Verwendung mindwertigen Materials als der Ertragsmittel — die eine größere Knappheit verlangen — notwendig ist. Dieser Mehraufwand wird sich allerdings nicht vermeiden lassen, solange nicht bessere Rohmaterialien zur Verfügung stehen und läme während des Krieges auch nicht in Rechnung, wenn der Wunsch der Großfabrikanten in Erfüllung ginge und Verbrauchssteuern wieder gestrichelt würden. Herr Joachim verzicht jedoch ganz zu erwidern, daß die Verwendung von Getreide zum Großbrot schon in Friedenszeiten in manchen Gegenden Deutschlands allgemein eingeführt war — zum Beispiel im Rheinland — und verzicht es jedenfalls nicht ganz ohne Absicht, weil sonst keine Beweisführung leichter erhält.

Was der Herr aber in Rücksicht will, sagt er mit den Worten: „Vermeiden würden die Verluste bestimmt, wenn den Bäckern gestattet würde, eine regelrechte Steuerführung vorzunehmen zu können, die ungehindert von gesetzlichen Einschränkungen vorgenommen werden dürfte.“ Angehörten von gesetzlichen Einschränkungen — das ist das Verbot des Herrn. Was dies für die Betriebe und für die Arbeiterkraft überhaupt für das ganze Backwarenverbot bedeuten würde, brauchen wir gar nicht näher auszuführen. Der Vorstoß der Großfabrikanten zeigt uns nur auf neue, solchen Gesetzen das Backwarenverbot noch immer angelegt ist und wie notwendig wir es haben, weiter auf der Hut zu sein und unsere Kräfte zu wehren. Unter keinen Umständen dürfen wir es dahin kommen lassen, daß das, was die Herren wünschen, jemals in Erfüllung geht.

Die weiteren Verhandlungspunkte bezogen sich auf fachmännische Fragen, deren Erledigung zu besonderer Kritik keinen Anlaß geben.

## Besichtigtes Arbeitsverbot

Im Hinblick auf die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz macht die „Arbeitsvergebung“ den Arbeitern das fremdliche Arbeitsverbot, auf den Klassenkampf zu verzichten und gemeinsam mit den Unternehmern eine einseitige Kampffront zu bilden. So drängen hält das Blatt seinen Bericht, den es zuerst in seiner Nr. 27 vom 2. Juli gemacht hat, daß es ihn in wenig geänderter Form in seiner Nummer vom 9. Juli wiederholt.

Wir halten diesen Bericht für reichlich naiv, insbesondere die Klassenkampftheorie und der sich daraus ergebende Klassenkampf von dem guten Willen der Arbeiter völlig unabhängig sind. Ganz abgesehen davon, ist aber auch das Sprachsache für die maßgebende Behauptung der Unternehmerninteressen nicht gerade die beste Stelle, den Arbeitern ganz Maßstäbe für ihr Verhalten zu erteilen. Die „Arbeitsvergebung“ sagt, wenn es gelänge, die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz durchzuführen, dann würde die deutsche Industrie weit zurückgeworfen werden. Damit würde auch die industrielle Arbeiterkraft der großen Fortschritte wieder verlustig gehen, die sie in Bezug auf Arbeitslöhne und Lebenshaltung erreicht hat. Daraus müsse die deutsche Arbeiterkraft lernen, erlöse, daß das eigene Interesse der deutschen Arbeiter auf Gebiete und Verbot mit der Lage der deutschen Industrie nicht verbunden ist. Und natürlich, daß unsere industrielle Arbeiterkraft ihren einzigen wirklichen Gegner in dem feindlichen Ausland zu erblicken hat. Deshalb kommt das Arbeiterverbot zu dem Schluß: „Demgemäß muß jeder arbeitsfähige deutsche Arbeiter zu der Erkenntnis kommen, daß die Aufforderung, den Klassenkampf im Innern wieder aufzunehmen, mit dem wirklichen Interesse der industriellen Arbeiterkraft im unbedeutenden Gegensatz steht.“ Aus diesen Worten ist zu entnehmen, daß die „Arbeitsvergebung“ den gemeinschaftlichen Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Klassenkampf verwechselt. Diese beiden Begriffe sind aber keineswegs



identisch. Wirtschaftlich arbeitsfähigen Arbeitern wird aber auch der Verbezug, der hinter der freundlichen Aufforderung der Arbeitgeberzeitung steht, nicht entgehen.

Wichtig ist, daß auch die Arbeiter ein Interesse an der Blüte der Industrie haben. Jede Schwächung der Industrie trifft auch die Arbeiter mit und oft genug noch härter als die Unternehmer.

Die Arbeiter würden sehr frohlich handeln, wenn sie aus den Ergebnissen der Reichs-Statistik den Schluß ziehen könnten, daß sie nur in jeder Beziehung mit den Unternehmern auf gleichem Stande stehen müßten.

Zur Arbeitslage

Die ganz wirtschaftliche Lage der deutschen Industrie hält immer noch an. Im Vergleich der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, in der die elektrische, chemische Industrie nun in die Lage ist, wie in den Vormonaten, äußerst günstig.

Das den Reichsstatistikern in der ersten Hälfte des Monats Mai an das Reichsarbeitsblatt berichtet haben sind 3320 Arbeitsfindende eingetragen worden, deren 2480 offene Stellen gegenüberstanden.

Monat Mai an das Reichsarbeitsblatt berichtet haben sind 3320 Arbeitsfindende eingetragen worden, deren 2480 offene Stellen gegenüberstanden.

Table with 4 columns: Landesgebiete, Arbeitsfindende, offene Stellen, befristeten Stellen, auf jede offene Stelle entfallende Arbeitsfindende. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Berlin und Brandenburg, Provinz Hannover, etc.

Aus den Verhältniszahlen geht hervor, daß der Gesamtdurchschnitt in 13 von 22 erfaßten Landesgebieten überpariert wird. Am geringsten war die Arbeitslage in Hannover, wo die Zahl der Stellen die der Arbeitsfindenden überwiegt.

Aus Berlin wird berichtet, daß die Meister in vielen Fällen mit Ausnahmefällen auszukommen suchen; die Nachfrage nach Weibern für dauernd ist sehr gering.

Wirtschaftliche Rundschau

Der Großhandel hat gegen die Kriegswirtschaftlichen Gesellschaften mobil gemacht. Einzelne wurde diese Bewegung durch die heftige Kritik der Tätigkeit der einzelnen Organisationen, alsdann folgte die Neugründung von Verbänden und der Zusammenschluß bestehender Vereinstigungen in den verschiedenen Zweigen des Großhandels.

beitragen könnten, eine Fortsetzung dieser außerordentlich erfolgreichen Wirtschaft auch für Friedenszeiten in Ermöglichung zu finden.

Für eine Übergangszeit nach dem Krieg muß jedoch nach der Meinung der Berliner Handelskammer die Verbrauchsregelung von Getreide und Mehl beibehalten werden; nur dann läßt sich mit der Handelskammer in einer Denkschrift über das Ernährungsproblem zutreffend darlegen, die teilweise Einführung von Brotgetreide erlaube.

Diese Stellungnahme ist nicht von irgendwelcher Reichweite gegen den Handel diktiert, dessen hohe volkswirtschaftliche Bedeutung auf vielen Gebieten dadurch nicht gemindert wird, daß man ihn ausbildet, wo er nicht hingehört.

Die Organisationen der Zentral-Einkaufsgesellschaft den Vertrieb durch Vermehrung von Zwischenhandelsorganen kompliziert, für die kein zwingender Grund vorliegt, soll ungeachtet einer Vereinfachung herbeigeführt werden.

Insoweit mußte Kritik die Regel befolgt werden, bei Anträgen auf Freigabe von Waren zur Einfuhr den Antragsteller zu erklären, daß die Gesellschaft bei angemessenen Preisen die Waren für die Gesamtheit zu übernehmen bereit ist, wenn die nachgeordneten Ausnahmen nicht gemindert werden können.



midiger Produkte meist kontingentierten. In vielen Fällen wird die notwendige Ausfuhrmenge anstreben von der Zentral-Einkaufsgesellschaft erfüllt. Nach Errichtung des Zentral-Einkaufsbüros haben einer gelegentlichen Mitwirkung von Händlern unter den vorgezeichneten Bedingungen keine großen Bedenken mehr entgegen; denn schließlich wird die Tatsache, daß die Vertretungen der Zentral-Einkaufsgesellschaft das letzte und entscheidende Wort über die Einfuhrkontingente zu sprechen haben, doch nicht ungenügend gegen Preisstrebererei. Empfehlen würde sich übrigens den für betriebswirtschaftliche Organisationen tätigen Kaufleuten, wenn sie gegen Preissteigerungen, die Preissteigerungen bei fallenden Preisen zu erhöhen. Damit wird das Einfuhrkontingent an höheren Preisen schon deshalb interessiert zu sein pflegen, weil damit auch ihr Preissteigerungskontingent steigt. Julius Kallisch

# Verbandsnachrichten.

## Schamhaftmachung des Verbandsvorstandes.

### An die Zahlstellungsverwaltungen und Mitglieder!

Nach § 9 unserer Verbandsstatuten gelten zum Militär eingezogene Mitglieder als aus unserem Verbandsverbande ausgeschieden, und sie treten ohne weiteres in ihr früheres Verhältnis der Mitgliedschaft und der Unterstützungsgewichte wieder ein, wenn sie sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Entlassung vom Militär wieder bei einer Zahlstelle oder dem Verbandsvorstande zum Verbandsamt anmelden und von da an ihrer Beitragspflicht genügen.

Den vom Militär entlassenen Kollegen gleich zu erachten sind aber alle Kollegen im Militärverhältnis, die zur Arbeit vorläufig entlassen, beurlaubt, rekursiert oder abkommandiert werden. Sie alle haben sich in der festgesetzten Frist wieder zur Mitgliedschaft anzumelden und von da an wieder ihre Beiträge zu entrichten.

Wer von den vom Militär entlassenen, zur Arbeit beurlaubten oder abkommandierten Mitgliedern diese Anmeldung innerhalb vier Wochen nicht ausführt und von seiner Anmeldung an nicht seiner statutenmäßigen Beitragspflicht genügt, kann nach dem Statut als ausgeschiedenes Mitglied betrachtet werden und hat bei weiterer Anmeldung nur die Wahl, wieder als neues Mitglied in den Verband aufgenommen zu werden; in solchem Falle würden diese sämmtlichen Mitglieder ihre früher erworbenen Rechte an den Verband verlieren.

Deßhalb, Ihr zur Arbeit abkommandierten, beurlaubten oder vom Militär entlassenen Kollegen: Verlangt nicht Eure pünktliche Anmeldung in der festgesetzten Frist, veranlaßt auch dann nicht Eure Nichterfüllung in der Beitragzahlung!

Nur die Mitglieder können im Unterstützungsgewichte und anderen Verbandseinrichtungen Rechte beanspruchen, die nach ihre Pflichten in der statutenmäßig festgesetzten Weise erfüllen.

Der Verbandsvorstand.

H. M. D. Ullmann, Vorsitzender

## Leistung.

Vom 10. bis 15. Juli gingen bei der Hauptkassie des Verbandes folgende Beiträge ein:

- Für Juni: Dresden M. 1878,95, Stuttgart 293,94, Erlangen 19, Düsseldorf 119,86, Essen a. d. R. 229,54, Mainz 69, München 66,40, Mannheim 200,29, Straßburg 13,50, Hannover 46,67, Erfurt 68,76, Lüdenscheid 18,70, Limburg 25,20, Esslingen 61,01, Remscheid 29,56, Gotha 54,80, Stettin 126,30, Chemnitz 334,25, Limbach 26,72, Martfelden 20,35, Hildesheim 10,92, Cassel 120,69, Leisnig-Döbela 28,74, Reichswasser 27,90, Götting 34,14, Danzig 85,75, Straßburg 92,34, Eisenach 20,13, Altenburg 41,81, Schmölla 15,40, Neuselweis 56,65, Zimmern 53,45, Hadersleben 11,60, Leipzig 800,86, Jena 30,15, Osnabrück 34, Halle a. d. S. 314,80, Forst i. d. L. 11,50, Grimmlitz 24,24, Werken 9,16, Merken 22,95, Zagan-Soran 34,25, Lübeck 174,60, Gießen-Wehlar 16,85, Sonneberg 31,37, Trausnitz 49,82, Dortmund 154,80, Braunschweig 42,11, Frankfurt a. M. 498,72, Kiel 231,45, Braunschweig 199,15, Duisburg 55,40, Karlsruhe 22,56, Rosenheim 56,63, Löhitz i. Ergg. 54,46, Hoster 29,86, Breslau 263,55, Herford 198,12.

Für Abonnements und Annoncen: M. Mannheim M. 15, Straßburg 4,50, Gotha 3,90, Stettin 3,60, Berlin 30,90, Gesangsverein „Morgengrauen“, Berlin 7.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: München M. 2, Gotha 3, Neuselweis 4, Leipzig 8, Osnabrück 2, Halle 3.

Mit der Hauptkassie relieren für Juni: Landenberg, Bremerhaven, Colmar, Crefeld, Dessau, Halberstadt, Hanau, Hagenberg, Korbach, Mühlhausen, Spremberg, Stralburg, Straßburg, Wolzenburg und Weiskensfeld.

Abrechnung ohne Geldgehandl.: Amberg, Bad Reichenhall, Regensburg, Völsau, Rastatt, Lautern, Tschöb, Wetzlar, Garburg und Oldenburg.

Geld ohne Abrechnung geandt: Mühlhausen 1,30, H. v. d. B. 2, H. v. d. B. 2, H. v. d. B. 2.

Von Kollegen aus dem Felde im Unterstützungsgewichte.

Für die Hauptkassie: Von Unteroffizier L. im Wehen M. 2 Arbeiter quater M. 390,02, heute quater M. 2, zusammen M. 390,02.

## Sterbetafel.

**Chemnitz.** Fritz Schramm, 28 Jahre alt, gestorben am 15. Juli.  
**Stettin.** Hermann Eyrich, 62 Jahre alt, gestorben.

## Kriegsverluste des Verbandes.

**Bezirk Chemnitz.** Karl Rabenstein (Lößnitz i. Erzgebirge), gefallen.  
**Bezirk Erfurt.** Hermann Heyder (Eisenach), 36 Jahre alt, gefallen am 30. Juni.  
**Bezirk Götting.** Alfred Walter, gefallen am 4. April.  
**Bezirk Regensburg.** Otto Saxinger (Stralburg), verstorben in einem Lazarett an erlittenen Kriegstrampazen.

Ehre ihrem Andenken!

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Bäcker.

In der „Gaz.“, Süder Großbäckerei, Hannover, wurde den Kollegen eine abermalige Feuerungszulage von M. 1 bewilligt, so daß sie nun während der Kriegszeit M. 5 Zulage erhalten haben.

**Lohnabschluss mit der Bäckerei auf dem Truppenübungsplatz Münzingen.** Zwischen unserer Bezirksleitung für Württemberg und der Firma V. Hellstern, Militärbäckerei auf dem Truppenübungsplatz Münzingen, wurden jetzt folgende Vereinbarungen getroffen, durch die zwölf Bäcker auf längere Zeit festgesetzte Arbeitsverhältnisse unter Gewährung von regelmäßigen Lohnzulagen erhalten:

1. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt zwölf Stunden, inklusive zweimal einer halben Stunde Essenspause. Es sind wöchentlich sechs Arbeitsschichten zu leisten. Der wöchentliche Schichtwechsel beginnt Montags.

2. Löhne. Der Mindestlohn beträgt pro Mann und Woche M. 25, für Reigmacher M. 28 und für Schichtführer M. 32. Sämtliche jetzt bestehenden Löhne erhöhen sich ab 1. August 1918 um M. 2 pro Mann und Woche. Nach je halbjähriger Beschäftigungsdauer erhöhen sich sämtliche Löhne pro Mann und Woche um M. 1. Bisher höher bezahlte Löhne dürfen nicht gekürzt werden.

3. Ueberstunden. Ueberstunden werden mit 70 % pro Mann und Stunde bezahlt. Sonntagsarbeiten werden als Ueberstunden vergütet, wenn schon sechs Arbeitsschichten in der Woche geleistet wurden.

4. Krankengeld. Das Kranken- und Invalidengeld wird wie bisher vom Arbeitgeber bezahlt. Jeder Bäcker erhält vom Arbeitgeber so viel Brot unentgeltlich zur Verfügung gestellt, als er zum eigenen Gebrauch nötig hat.

5. Kündigungsfrist. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses sind acht Tage für beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, als Kündigungsfrist maßgebend. Neu einzustellende Arbeitskräfte sind durch den Bezirksarbeitsnachweis des Zentralverbandes der Bäcker, Stuttgart, Erlanger Straße 19, zu beziehen.

6. Verschiedenes. Jedem Beschäftigten ist ein verlässlicher Schrank zur Verfügung zu stellen; ebenfalls muß Waschgelegenheit vorhanden sein und Seife und Handtuch geliefert werden.

7. Schlußbestimmungen. Entziehen aus obigen Verträge zwischen den vertragsschließenden Parteien Differenzen, so ist deren Beilegung zunächst durch mündliche Verhandlungen zu versuchen; wird hierdurch keine Einigung erzielt, so entscheidet der Vorsitzende des Gewerbegerichts Ulm, dessen Schiedsspruch für beide Teile bindend ist.

Der heute abgeschlossene Tarif tritt mit dem 15. Juli 1918 in Kraft und endet am 1. August 1918. Wird der hier abgeschlossene Tarif vier Wochen vor der ablaufenden Zeit von keiner Partei gekündigt, so läuft derselbe auf ein Jahr weiter.

Münzingen, den 10. Juli 1918. (Unterschriften.)

## Feuerungszulagen in Gewerkschaftsbäckereien.

Für die Filiale Duisburg des Bürger- und Arbeiterkonsumvereins „Eintracht“ in Essen sind die Feuerungszulagen in gleicher Weise erfolgt wie für den Hauptbetrieb in Essen. Es wurde also im Juni die dritte Feuerungszulage ausbezahlt, und zwar an alle Personen, die am 1. August 1914 im Betriebe des Konsumvereins beschäftigt waren, ein Drittel des Monatslohnes, an die seit dem 1. August 1914 bis 1. August 1915 eingetretenen ein Viertel und an die früher eingetretenen ein Fünftel des Monatslohnes. Wochenlöhne werden bei der Berechnung in Monatslöhne umgerechnet. Außerdem erhalten die unverheirateten Arbeiter und Angestellten, soweit sie im Militärdienst stehen, eine einmalige Geldunterstützung von M. 25, 15 und 10 nach obiger Berechnung.

## Fabrikbrande.

Die Firma Gaudewald in Magdeburg hat den Arbeitern und Arbeiterinnen außer den bisher gezahlten und fälligen Feuerungszulagen noch eine besondere Zulage gemacht, so daß nunmehr für die Monate Juli, August, September die doppelte Summe gezahlt wird. Sie ist dazu ohne besondere Erinnerung gekommen und dies soll anerkannt werden; die neue Zulage kann jedoch nur als der Versuch eines Ausgleichs dafür angesehen werden, daß die Arbeiterschaft infolge der beschränkten Arbeitszeit einen gewissen Lohnausfall hat. Es war bisher gewährt: vom 1. April 1916 bis 1. Oktober 1916 an verheiratete Arbeiter M. 60, an unverheiratete erwachsene Arbeiter M. 45, an Arbeiterinnen M. 30 und an jugendliche Arbeiter M. 24. Diese Beträge sind in monatlichen Raten von M. 10, M. 7,50, M. 5 und M. 4 zur Auszahlung gekommen. Hinzu kommt nun eine weitere Zulage für verheiratete Arbeiter von M. 50, unverheiratete erwachsene Arbeiter M. 22,50, Arbeiterinnen M. 15 und jugendliche Arbeiter M. 12, welche in

drei Monatsraten von M. 10, M. 7,50, M. 5 und M. 4 ausbezahlt wird. Zahlungstermine für letztere Feuerungszulage sind der 15. Juli, 12. August und 16. September.

Zur eingetretenen Verlängerung des Tarifs ist noch zu bemerken, daß die festgesetzten halbjährlichen Lohnsteigerungen auch während der Verlängerungsdauer für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen Gültigkeit haben, die den Höchstlohn noch nicht erreicht haben.

## Korrespondenzen.

### Bäcker.

**Berchtesgaden.** Ein verächtliches Stück leisteten sich zwei Bäckergehilfen hier am Orte. Unsere für diesen Ort zuständigen Funktionäre wurden von diesen beiden vor einiger Zeit mündlich und schriftlich erlucht, nach dort zu kommen, um mit ihrer Meisterei zu sprechen, damit ihnen der zustehende Tariflohn gezahlt werde. Um in dieser schweren Zeit den Interessen der Kollegenschaft unter allen Umständen zu dienen, fuhr auch unser Vertrauensmann aus Reichenthal nach Berchtesgaden, um die Sache zu regeln, obgleich die beiden Geschickler noch gar nicht organisiert waren. Es gelang ihm, die Meisterei dazu zu bewegen, vom nächsten Sonntag ab den Tariflohn zu zahlen, und die beiden versprachen, sich in den Verband aufnehmen zu lassen. Als einige Zeit darauf unser Vertrauensmann und unser Münchner Bezirksleiter die Gelegenheit hatten, suchten sie die „Kollegen“ wieder auf; jetzt waren diese aber erst nach manchen Einwänden zum Eintritt in die Organisation und dafür zu haben, die Aufnahme und einen Wochenbeitrag zu zahlen. Und als sie am nächsten Tag die Mitgliederlisten zugestellt erhielten, schickten sie sofort die Mitteilung zurück, sie hätten sich die Sache anders überlegt und schickten dem Verbandsamt die bezahlten Gelder. Der Verband war also gut genug, sich Geldkosten dafür zu machen, daß die beiden Stellen den zuzubühenden Lohn erhielten, den selbst zu fordern sie zu feige waren. Die im Felde stehenden Kollegen aus Berchtesgaden werden aus diesem Fall ersehen, was für Charaktere jetzt an ihre Stellen getreten sind. Wenn der Verband nicht trotz solcher Erfahrungen nach wie vor dafür sorgen würde, daß die Lohnverhältnisse hier hochgehalten werden, würde es schlimm ausfallen, wenn die Kollegen aus dem Felde wieder heimkehren.

**Dortmund.** Am 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, fand eine außerordentliche Versammlung der Bäcker im „Germania“-Hotel statt. „Die Tagelöhner in Gefahr!“ war das Thema, mit dem sie sich beschäftigte. Kollege Friedrich gab ein Bild über die Entstehung der Nacharbeit in weitem Sinne, über die Entwicklung derselben und ging dann zu den speziellen Verhältnissen Dortmunds über. Hier ist die Verordnung vom 26. Mai 1916 vorläufig ganz aufgehoben, um die Brotversorgung sicherzustellen. Das könnte die Gefährdung nicht befriedigen, dringend möchte sie die Verordnung wieder in der bisherigen Weise in Kraft. Der durch die augenblickliche Kartoffelknappheit bedingte Zustand werde bald wieder beseitigt sein; es lag keineswegs der Behörde keine Verantwortung vor, die Verordnung ganz außer Kraft zu setzen. Die Gefährdung der Bäcker, in der sie eine ihrer alten Forderungen erfüllt sehen, darf nicht in solcher Weise durchbrochen werden. Gemühtig müsse sich die Gefährdung gegen alle Versuche zur Wiedereinführung der Nacharbeit zur Wehr setzen. Er appellierte daran, daß es gelte, die Organisation zu stärken und zu kräftigen, um den weiteren Versuchen gleich energig die Spitze brechen zu können. In der Diskussion erklärte der Sekretär der hiesigen Bäckerei, daß er wohl sagen könne, daß die Dortmunds Bäckerei nicht mehr wieder kommen darf. Die weiteren Diskussionsredner, Helmreich, Meier und andere, nahmen das Verhalten der unteren Verwaltungsbehörden unter die Lupe. Es wäre auch die hiesige Brotversorgung ohne die Aufhebung der Verordnung sichergestellt worden, wenn vielleicht einige Stunden länger Arbeit zugelassen würde. Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Da die Frage der Tagelöhner durch die hiesige untere Verwaltungsbehörde bedroht ist, ersucht die Versammlung entschieden gegen die jetzige Handhabung. Die Versammlung erklärt, daß, um die jetzige Weise der Brotbeschaffung, die infolge der Kartoffelknappheit eintrat, zu beheben, es nicht notwendig war, die Arbeit auch des Nachts reinzugeben. Es hätten auch bestimmte Stunden genügt, um den Mehrbedarf an Brot durch die Bäckereien zu decken. Sie beantragt die hiesige Organisationsleitung, bei der Behörde beschwerdeführend vorzugehen. Weiter versprechen die Versammelten, alles zu tun, um die Einführung der Nacharbeit zu unterbinden. In diesem Zweck ist die Einigkeit und Geschlossenheit der Gefährdung nötig. Zurzeit ist es nur der Zentralverband der Bäcker usw., der schon jetzt Jahren die Vertiefung der Nacharbeit auf gleichem Wege erreicht. Deshalb erklären die Versammelten, unabhängig für die weitere Ausbreitung desselben zu wirken, um auch in der kommenden Zeit den Kampf gegen die Nacharbeit aufnehmen zu können.“

## Internationales.

### Wie es während des Krieges Angehörigen des feindlichen Auslandes in den kriegführenden Ländern ergent.

Die berühmt gewordene Lehrlingszuchterei der deutschen Bäckermeister (von rund 140 000 im Bäcker- und Konditoreigewerbe beschäftigten männlichen Hilfskräften waren vor dem Kriege rund 42 000 Lehrlinge; bei durchschnittlich dreijähriger Lehrzeit lernten alljährlich 14 000 aus, so daß alle sieben Jahre der Gesellenstand vollständig durch Neuausgelernte ersetzt wurde) hatte es mit sich gebracht, daß jahrzehntelang nicht nur in der Schweiz jeder zweite Bäcker und Konditor ein Reichsdeutscher war, sondern jahrzehntelang gab es massenhaft deutsche Bäcker- und Konditoren in Moskau, Petersburg, Paris und in den Städten von Südrussland; am meisten aber waren sie in London vertreten.

Allerdings ist der Zustrom deutscher Bäcker und Konditoren nach den Städten des Auslandes bedeutend geringer geworden, seitdem es in Deutschland durch



die Tätigkeit der Gewerkschaft möglich war, den Bäckerei- und Konditoreiarbeitern bessere und einigermaßen menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. So hörte im letzten Jahrzehnt der Zustrom deutscher Bäcker- und Konditorgesellen nach den skandinavischen Ländern ganz auf, während in früheren Jahrzehnten massenhaft deutsche Bäcker und Konditoren auch dort zugewandert waren. Aber eine der beliebtesten Zufluchtsstädte der in Deutschland überflüssig gewordenen Bäcker und Konditoren war immer noch London. Nach einer behördlichen Schätzung (es soll sogar eine Zählung gewesen sein) vom Jahre 1890 sollen in London von 22000 beschäftigten Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien 14000 deutscher Abstammung gewesen sein. Als ich als Vertreter unserer Organisation in London war, um die Verhältnisse im Berufe und die Kollegen an Ort und Stelle kennen zu lernen, gewann ich in den Versammlungen und Unterredungen mit den Führern der deutschsprechenden wie auch der englischen organisierten Bäckergesellen die Überzeugung, daß es vielleicht noch 3000 bis 5000 deutschsprechende Bäcker und Konditoren in der Riesenstadt London geben könnte, mehr aber sicher nicht. Genauere Angaben darüber konnte man sich nirgends verschaffen.

Die Jahre 1911 bis Juli 1913 hatte der Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands in London eine Verbandszahlstelle, in der zeitweilig bis 320 deutsche, schweizerische, österreichische und skandinavische Bäcker und Konditoren organisiert waren. Am 1. Juli 1913 wurde nach den Abmachungen mit dem englischen Bäckerverband diese Zahlstelle London aufgelöst und die bisherigen Mitglieder des deutschen Verbandes traten zum englischen Bäckerverbande über.

Als der Krieg ausbrach, wurden nun Hunderte unserer deutschsprechenden Bäcker in London in den Gefangenenlagern interniert. Nach bei mir eingegangenen Berichten von internierten Kollegen, von denen manche regelmäßig mit mir im Briefwechsel stehen, soll die englische Behörde nicht ganz freiwillig die Internierung der deutschen Bäcker vorgenommen haben, sondern sie wurde in den meisten Fällen durch die Bevölkerung, durch Anläufe vor den Bäckereien, die deutsche Bäcker beschäftigten, förmlich dazu gepreßt. In vielen Fällen demolirte der Straßennob die Schaufenster der Bäckereien, in denen deutsche Bäcker beschäftigt waren, um deren Internierung zu erzwingen, oder aber sie zu lynchen, wenn man ihrer habhaft werden konnte.

Allyviel Klagen aus den Internierungslagern in England über Behandlung und Ernährung bekam ich seit Kriegsausbruch nicht zu hören, dafür sorgte schon die englische Zensur, die in Briefen keine Klage nach Deutschland kommen ließ, aber auf Umwegen ist doch manche Klage, besonders über menschenunwürdige Behandlung und Verächtlichmachung dieser deutschen Kollegen zu mir gekommen. Da auch diese Klagen in letzter Zeit ausblieben, kann man wohl vermuten, daß sich in den englischen Internierungslagern manches zugunsten der Gefangenen gebessert hat.

Von den wenigen deutschen Kollegen, die in französischen Internierungslagern gefangen gehalten werden, kommt nur ausnahmsweise mal ein Lebenszeichen zu uns.

Geradezu schanderhaft klingen aber die Schilderungen von deutschen älteren Bäckergesellen und Bäckermeistern (über 50 Jahre), die in russischen Städten lange ansässig waren, teilweise dort zehn Jahre und längere Zeit selbständig ihre Geschäfte gehabt haben.

Wie diese Kollegen die „berühmten“ Pogrome gegen die Deutschen in Rußland schildern, die sie am Anfang des Krieges mit erlebt haben, welche fanatische Wut und Plünderungszier — nach Meinung dieser jetzt in Deutschland befindlichen Berufsgenossen — der von der russischen Polizei aufgestachelte Mob zum Ausdruck brachte, daran denken diese Kollegen nur mit Schauern.

Jedenfalls ist von unserer Organisation alles getan worden, was unsere Kräfte erlauben, um diese vom Schicksal schwer geprüften Kollegen wieder in lohnende Arbeit zu bringen und — zur Ehre unserer Arbeitgeber — kann auch gesagt werden, daß wir bei vielen Arbeitgebern in dieser Beziehung entgegenkommendes Verständnis fanden. Andererseits versuchen die Funktionäre unserer Organisation auch nach Kräften alles, den in den Gefangenenlagern des Auslandes festgehaltenen Kollegen durch Übersendung kleiner Liebesgaben das Leben so erträglich wie möglich zu machen, was von allen diesen Kollegen freudig anerkannt wird.

Doch weshalb bringe ich diese kurze Schilderung? Wann armen Ausländern, die das Unglück hatten, bei Kriegsausbruch im feindlichen Lande zu sein und nicht mehr nach der Heimat kommen zu können, böß mitgespielt wird, so ist das bedauerlich, aber zum guten Teil ist die bis zur Siedehitze erregte Volksverhöhnung gegen die „verdammten Boches“, gegen „die deutschen Barbaren“ erklärlich. An Verhöhnung gegen alles, was deutsch heißt, wird ja während des Krieges im Auslande recht viel getrieben. Die von der Presse so aufgehetzte Volksmeinung verlangt dann ihre Opfer, läßt ihre Wut an den unschuldigen Angehörigen der feindlichen Nation aus:

Doch wie ist es demgegenüber im Lande der „deutschen Barbaren“?

Ich kenne Mitglieder unseres Verbandes, Franzosen, Russen und Serben, die schon jahrelang in Deutschland arbeiten und tüchtige Mitkämpfer in unserer Gewerkschaft geworden sind. Diese sind im „barbarischen Deutschland“ nicht interniert, sondern sie mußten sich anfangs des Krieges täglich, dann später wöchentlich, noch später monatlich einmal bei der Polizeibehörde ihres Ortes zur Kontrolle melden. Anfangs des Krieges war ihnen auch eine gewisse Aufenthaltsbeschränkung auferlegt, was bei einigen in der ferneren Kriegsdauer ganz in Wegfall gekommen ist, bei andern ist diese Beschränkung wesentlich erleichtert worden. So arbeiten diese unsere Kollegen fremder Nationalität (Angehörige der mit uns kriegführenden Staaten) in bester Kollegialität und Freundschaft mit ihren deutschen Kollegen zusammen und noch keine Klage ist von ihnen laut geworden, daß man auch nur versucht hätte, ihnen fühlend zu lassen, daß sie Angehörige des feindlichen Auslandes sind.

Durch die gewaltig große Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen deutschen Bäcker- und Konditorgehilfen (81 pZt.) war zeitweilig großer Mangel an Arbeitskräften in unserm Berufe. Die Organisation hat gerne ihre Zustimmung dazu gegeben, daß aus der Reihe französischer, belgischer und russischer gefangener Kriegsteilnehmer die gelerntten Bäcker und Konditoren herausgesucht wurden, um als Ersatzkräfte in den Bäckereien zu arbeiten.

Wo diese mit unsern organisierten Kollegen zusammen in einem Betriebe beschäftigt sind, sehen wir zu unserer Freude, daß das beste kameradschaftliche Verhältnis zwischen ihnen und unsern Kollegen Platz gegriffen hat.

Kürzlich passierten nun einige Fälle, wo wir wieder arbeitslose deutsche Bäcker zur Verfügung hatten, und mit Recht einzelne Mitglieder des Verbandes darauf drangen, daß diese Gefangenen jetzt aus der Bäckerei entlassen werden sollten. Aber überall haben diese gefangenen ausländischen Mitarbeiter, noch davon Abstand zu nehmen und sie weiter in ihrem erlernten Berufe bei der Arbeit zu lassen! Unsere Kollegen gingen auf diese Bitten ein, und es ist ja auch möglich geworden, den arbeitslosen Mitgliedern des Verbandes wieder anderweitig Stellung zu verschaffen. Einige dieser kriegsgefangenen Mitarbeiter interessieren sich sehr lebhaft für die Einrichtungen unserer Organisation und versprechen, später in ihrer Heimat alles aufzubieten, damit dort eine ähnliche gewerkschaftliche Organisation ins Leben gerufen wird. Hoffentlich halten sie Wort.

Ich berichte dieses nicht deshalb, um zu zeigen, daß „wir Wilden (die deutschen Barbaren) doch bessere Menschen sind“ als die Angehörigen der kriegführenden Nationen, die nur für „Kultur“ kämpfen, sondern nur deshalb, um unsere Funktionäre und Mitglieder zu ermahnen, auch fernerhin diesen armen Gefangenen ihr Los nicht zu erschweren. O. Allmann.

**Genossenschaftliches.**

Unser Genossenschaftsleiter hat seit der letzten Veröffentlichung noch anerkannt: Konsumverein Biebrich und Umgegend. Das hat nun insgesamt 182 latifundäre Vereine, die in ihren Bäckereien und den damit verbundenen Nebenbetrieben zusammen 1926 Verbandsmitglieder beschäftigen.

**Literarisches.**

Den heldenmütigen Kampf der Kaiserdragoner und Sappente an der Brückenhöhe von Micezls am 16. März 1916 gegen russische Angriffe von achtjähriger Hebrermacht schildert ein Teilnehmer in den Heften 81/83 von Bangs illustrierter Kriegsgeschichte. Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. (Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57, vorzüglich ein reich illustriertes Heft zum Preise von 30 A.) In diesen Beiträgen schließen sich weitere wie: „Der Ostseevorstoß gegen England“, „Deutscher Fliegerangriff auf Saloniki“, „Kut-el-Amara im Irak“, „Fluggeschwindigkeit und Luftschiffbau in Frankreich“, „Ein Kriegslazarett vor Verdun“, „Kriegslinien“ u. a. m. Sie alle sind reich mit Illustrationen geschmückt und helfen so zum Verständnis des geschriebenen Wortes. In dem Hauptabschnitte, Die eigentliche Kriegsgeschichte, finden wir die russische Entlastungsoperation im Frühjahr 1916, welche durch den Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit schweren Verlusten für die Russen abgefochten wurde. Daran schließt sich die Darstellung der Landbrücke in den Karpaten, von einem Augenzeugen geschildert. Auch in diesen Heften wird aufs neue gezeigt, daß der Verlag aufs eifrigste bemüht ist, dem Leser ein Bestes zu bieten.

[A. 8]

**Streichöl**

für Bäcker und Konditoren zum Streichen der Bleche und Formen laut Muster. In Barrels inklusive à Mk. 345,—, in kleinen Gebinden erhaltbar Mk. 5,— per 100 kg mehr. Sofort ab Magdeburg lieferbar. Kamme gegen Faktura. Muster zu Diensten. Angebote unter B. 5 1568 an Hausenstein & Vogler A.-G., Magdeburg.

Spätschens am 22. Juli ist der 30. Wochenbeitrag für 1916 (23. bis 29. Juli) fällig.

**Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.**  
Mittwoch, 26. Juli:  
Hamburg: Im Gewerkschaftshaus.  
Donnerstag, 27. Juli:  
Wien: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 30.  
Sonntag, 30. Juli:  
Zürich: 2 Uhr, „Deutsches Haus“, — Rütliplatz.  
Wilmshausen: Bei Buddenberg, Rüttingen, Bielefeld.

**Anzeigen.**

**Nachruf.**  
Am 15. Juli starb unser langjähriges Mitglied **Fritz Schramm** im 28. Lebensjahre. Güter von unserm Besten zu jeder Zeit und Stunde bereit, für seinen Verband tätig zu sein, ist abgerufen worden. Die Mitglieder der Zahlstelle Chemnitz werden seiner stets in Ehren gedenken. [M. 4,20] Zahlstelle Chemnitz.

**Nachruf.**  
Am 30. Juni starb unser strenges langjähriges Verbandsmitglied und Kassierer, Kollege **Hermann Heyder** im 36. Lebensjahre. Durch seinen ehrenhaften und lauterer Charakter hat er sich ein dauerndes Andenken bei sämtlichen Kollegen und Genossen in Eienach gesichert. [M. 4,20] Zahlstelle Eienach.

**Krankenkasse der Bäcker-Zunft zu Altona.**  
Ergänzungswahl des Krankenkassen-Ausschusses der Arbeitnehmer für die Dauer bis Ende des Jahres 1917. Die Wahlvorschlagsliste und weitere Wahlvorschlagslisten, welche bis zum 20. Juli 1916 einzureichen sind, liegen jechs Wochen im Bureau der Krankenkasse, Hofeschulstr. 14, 1. Et., zur Einsicht aus. Der Vorstand: J. A. Albert Sass, Vorsitzender. [A. 5]

**Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen** decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Derfuss, Schneidemeister, Hengasse 2, 1. Et.**

**REIDL'S BACKPULVER**  
9 Pfd. M. 1,30 pro Pfd. (Postpak.) — M. 11,70  
25 „ „ 1,20 „ „ „ 30,—  
50 „ „ 1,10 „ „ „ 55,—  
100 „ „ 1,— „ „ „ 100,—  
Versand franco, gegen Nachnahme  
Grossisten-Vorzugspreise  
**Nährmittelfabrik Rudolf Reidl**  
Dresden-A. 28  
Hermannsdorfer Straße 28  
Fernspr. 13881

**„Kochbacko“** [A. 21] **Das neue Koch- und Backmittel!**  
Ein naturreines Produkt von hohem Nährwert. In der jetzigen fettlosen Zeit ein wertvolles Hilfsmittel für Küchenbetriebe, Bäckereien, Konditoreien usw. Prospekte gratis. Probekartons um gegen Voreinsendung oder Nachnahme von Mk. 1,00 franco.  
**Richard Kraemer** Berlin-Lichterfelde  
Jungfernstieg 29. Fernspr. 633